

Rechtshistorik. Im antiken Rom veränderten sich Rechte und Pflichten von Einheimischen und Zuwanderern immer wieder. Die Forschung in Salzburg bringt Ansätze für aktuelle politische Debatten über Integration.

Das alte Rom und die moderne EU

VON MARIELE SCHULZE BERNDT

Der Ostgotenkönig Theoderich ist ein gutes Beispiel dafür, wie Zuwanderer in höchste politische Ämter gelangen konnten und infolgedessen eine friedliche Koexistenz der verschiedenen Bevölkerungsgruppen garantierten“, erklärt Johannes Michael Rainer, Professor für Römisches Recht und Modernes Privatrecht an der Uni Salzburg. Religiöse Toleranz, Rücksicht auf regionale Gegebenheiten und die Beteiligung der Zuwanderer am Wohlstand bildeten die Voraussetzung.

Theoderich (451 bis 526 nach Christus) kam als Kind an den oströmischen Hof in Konstantinopel. Er wuchs dort auf und lernte, was

“

Die sehr flexible Mehrfach-Bürgerschaft könnte ein Modell für die EU sein.



Johannes Michael Rainer, Universität Salzburg

ein römischer Beamter und Soldat wissen musste. „Schließlich führte er im Auftrag des Kaisers 500.000 Goten vom Balkan in Richtung Italien. Dort wurden sie mit Land ausgestattet. Die für im Wesentlichen agrarische Gesellschaften sehr wichtige Landverteilung wurde von einer speziellen Kommission zur allgemeinen Zufriedenheit erledigt“, erzählt Rainer.

Wenige besaßen Wahlrecht

Der Schwerpunkt des vom Wissenschaftsfonds FWF geförderten Projektes betrifft das römische Bürgerrecht und die Zuwanderung vom

Beginn der Republik (etwa 500 vor Christus) bis zum Ausgang der Antike. Für Rainer lassen sich Parallelen zwischen dem Römischen Reich und der Europäischen Union ziehen. Denn nur etwa 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung des Römischen Reiches bis 212 nach Christus besaßen auch das Bürgerrecht des Imperium Romanum, zu dem auch das Wahlrecht gehörte. Alle anderen waren „nur“ Bürger von Stadtstaaten wie beispielsweise Athen oder Alexandria, die über sehr weitreichende Autonomien verfügten.

Den Bewohnern der Provinzen wurde nur sehr zögerlich das Staatsbürgerrecht gewährt. Sie blieben auf die Rechte der Stadtbewohner beschränkt, bis sie in herausgehobene Positionen gelangten und sich um das römische Bürgerrecht bewerben konnten. Ihr Bürgerrecht in der jeweiligen Heimatgemeinde mit allen politischen Rechten wie aktivem und passivem Wahlrecht blieb bestehen. Privatrechtlich waren Bürger, Nichtbürger und Zuwanderer ohnehin gleichgestellt. „Da sich das Römische Reich aus sehr heterogenen Provinzen zusammensetzte, könnte diese sehr flexible Mehrfach-Bürgerschaft ein Modell für die Europäische Union, für ein europäisches Bürgerrecht sein“, schlägt Rainer vor.

Wie schafften es die Römer?

212 nach Christus wurde das Mehrfach-Bürgerrecht beendet, weil Caracalla den Bürgern aller Provinzen das Bürgerrecht des Imperium Romanum verlieh. „Wie es die Römer durchgesetzt haben, in allen Provinzen das gleiche Staatsbürgerrecht zu etablieren, obwohl dort unterschiedliche Stadtbürgerrechte existierten, ist für uns heute die interessante Frage“, sagt Rainer. Der Grund lag vermutlich in



Theoderich der Große ist auch in der Innsbrucker Hofkirche verewigt. [Wikimedia/Jdsteakley]

der schrumpfenden Einwohnerzahl und der Schwierigkeit, Soldaten zu rekrutieren.

Der zweite Forschungsschwerpunkt des Projektes gilt der Integration der Zuwanderer. Anders als heute handelte es sich im fünften Jahrhundert bei den Wanderungsbewegungen nicht um alleinstehende Männer, sondern um Familien. „Die Römer empfanden sie anfangs als Barbaren, doch sie wollten das Reich nicht zerstören, sondern sich integrieren. Das erkennt man auch daran, dass sie zum Christentum konvertierten und sukzessive die Sprache Roms annahmen“, betont der Rechtshistoriker.

„Diese Masseneinwanderung von ökonomisch benachteiligten Ausländern ins Römische Reich ist mit jener der heutigen Zeit vergleichbar“, so Rainer. Die ursprüngliche Abwehr durch Grenz-

sicherung und militärische Aktivitäten hätte für die Römer zweifellos zu einer sehr hohen Steuerbelastung und zu wirtschaftlichen Verwerfungen geführt.

Vorteil durch Integration

Die gesellschaftliche Integration der Zuwanderer über Bildung und Wohlstand wurde dagegen zum Vorteil. „Die Beteiligung der Zuwanderer am Großgrundbesitz der Senatoren erwies sich für den Staat als gesünder als die beständige Investition in den Militärdienst“, erklärt Rainer. „Historische Sensibilität trägt deshalb dazu bei, in der Gegenwart Fehler zu vermeiden.“

Das beschreibt auch die breit angelegte Dissertation von Annemarie Renz, die heuer erscheinen soll und das römische Bürgerrecht bis 212 nach Christus mit seiner Bedeutung für die Europäische Union behandelt. [Foto: Uni Salzburg]

FWF: Christof Gattringer ist neuer Präsident

Teilchenphysiker führt den Wissenschaftsfonds bis 2024.



Er entspannte sich, indem er „ein paar Tausend Kilometer im Jahr“ am Rennrad zurücklegt, ließ der neue FWF-Präsident Christof Gattringer nach seiner Wahl am Mittwochabend wissen. Wie viel Ausdauer der Teilchenphysiker, der zuletzt als Forschungs-Vizepräsident an der Uni Graz tätig war, für seine Aufgabe als Präsident des Wissenschaftsfonds FWF brauchen wird, dürfte sich zeigen. Er übernimmt die Spitze von Österreichs wichtigster Einrichtung zur Förderung der Grundlagenforschung von Gewässerökologen Klement Tockner. Dieser war zum Jahreswechsel – vor Amtsende – an die deutsche Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung gewechselt.

Gattringers Funktionsperiode dauert bis September 2024. Er setzte sich in der Wahl gegen die Astrophysikerin Sabine Schindler und die Politikwissenschaftlerin Miranda Schreurs durch. Der Aufsichtsrat des FWF hatte aus 19 Bewerbern zunächst sieben Personen ausgewählt und zu einem Hearing geladen.

Gattringers Funktionsperiode dauert bis September 2024. Er setzte sich in der Wahl gegen die Astrophysikerin Sabine Schindler und die Politikwissenschaftlerin Miranda Schreurs durch. Der Aufsichtsrat des FWF hatte aus 19 Bewerbern zunächst sieben Personen ausgewählt und zu einem Hearing geladen.

Kleine Teile, große Pläne

Gattringer ist seit 2005 Professor für Computational Elementary Particle Physics an der Uni Graz. Sein wissenschaftlicher Schwerpunkt ist die Quantenphysik, wo er sich mit Elementarteilchen wie Quarks befasst, „den kleinsten Bausteinen, aus denen unsere Welt zusammengesetzt ist“. Für die österreichische Forschung hat er jedenfalls große Pläne: Angesichts der Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft stehe, komme der Wissenschaft eine Schlüsselrolle zu. Sein Ziel sei es, Forschende aus allen Bereichen bestmöglich zu unterstützen, um in Österreich Wissenschaft von Weltformat voranzubringen zu können, sagt Gattringer. (APA/gral) [Uni Graz / Eisenberger]

Wie öffentliches Geld an private Verleger fließt

Publikationen. Koste es, was sie wollen: Wenige Wissenschaftsverlage haben den Markt für Fachzeitschriften fest im Griff. Eine Studie zeigt, wie Forschungsgelder in den Prozess des Publizierens wandern. Vieles bleibt im Verborgenen.

VON ADRIAN VON JAGOW

Wer heute forschen will, muss einiges können. Neben exzellenten fachlichen Kenntnissen, Geschick bei Förderanträgen und Empathie in der Lehre sind vor allem Publikationen gefragt. Neue Erkenntnisse müssen schließlich verbreitet und die Leistung der Forscher sichtbar werden. Dabei verdienen die Verlagshäuser der Fachzeitschriften kräftig mit: Bibliotheken und Universitäten zahlen für teure Abonnements, um Zugriff auf deren Datenbanken zu erhalten.

Wie viel Geld in die Veröffentlichung akademischer Erkenntnis fließt, fragte sich ein Team am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) an der Uni Linz. Das Ergebnis ihrer Fallstudie in den Sozialwissenschaften: Bis zu 100 Millionen Euro gehen für das Publizieren drauf. Wie kommt die Summe zustande?

„Publizieren ist nur das Ende eines langen Prozesses“, so Stephan Pühringer vom ICAE, „deswegen haben wir uns zunächst ge-

fragt, wo überhaupt Kosten dafür entstehen.“ Heraus kam ein Modell mit vier verschiedenen Geldströmen. „Zum einen gibt es die Möglichkeit, Veröffentlichungen von vornherein frei zugänglich zu machen. Bei den meisten Verlagen fällt für diese ‚Open Access‘-Option jedoch eine Gebühr von einigen Tausend Euro an“, erklärt der Ökonom. Subskriptionsgebühren machten den zweiten Kostenanteil aus – nur fünf große Verlage teilen sich drei Viertel aller Zahlungen von europäischen Bibliotheken auf. Wie hoch diese genau sind, bleibt jedoch vertraulich, weswegen sich das Team anhand der Uni-Budgets annäherte.

Unbezahlte Qualitätskontrolle

Posten drei und vier schätzten Pühringer und seine beiden Co-Autorinnen auf Basis der geleisteten Arbeitsstunden und Durchschnittsgehälter: „Wir fragten 150 Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler, wie viel Zeit sie für das Verfassen und die Rezension von Artikeln aufwenden.“

Neben der eigenen Schreibebeiträge beteiligten sich Forscher auch als „Reviewer“ bei den Zeitschriften und verbringen viel, meist unbezahlte Zeit mit der Kritik der Einsendungen. „Die Qualitätskontrolle ist angewiesen auf diese Reviews“, sagt Pühringer: „Auch deswegen ist es bemerkenswert, dass die Autoren oder Universitäten für den Zugang zu den Journalen bezahlen müssen.“

Etwa ein Viertel der 360 Millionen Euro, die im Jahr 2017 über verschiedene öffentliche Geldgeber in Österreich in die Sozialwissenschaften flossen, wird über die vier Kanäle dafür aufgewendet. Das Ergebnis überraschte selbst das Team am ICAE. „Die Frage drängt sich auf, warum dieses System funktioniert. Universitäten finanzieren das Angebot und kommen für die Nachfrage akademischer Journale auf“, so Pühringer. Seine Theorie: Motivierte Wissenschaftler treffen auf eine spezielle Marktsituation. „Das Oligopol von fünf großen Verlagen sorgt für sehr hohe Profite in der Industrie, schätzungsweise 40

Prozent des Umsatzes sind Gewinne“, erklärt der Studienleiter.

Eine alternative Art der Forschungskommunikation müsse bei der Beschneidung der Privaten beginnen, meint Pühringer, dessen Projekt Space vom Wissenschaftsfonds FWF gefördert wurde. Die Preise für Open Access und Abos könnten europaweit reglementiert werden. Grundsätzlich sei auch eine Welt ohne private Verlage denkbar, so der Ökonom: „Dann müssten andere Institutionen die Intermediär-Funktion übernehmen, etwa Universitätspressen oder Fördergeber wie der FWF.“ So blieben Gewinne innerhalb des Systems.

LEXIKON

Als Open Access bezeichnet man den freien Zugang zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Mit dem „Plan S“ haben sich 18 große Forschungsfonds wie der österreichische FWF darauf geeinigt, ab 1. Jänner nur mehr zu fördern, was nachher kostenlos zur Verfügung steht.

NACHRICHTEN

Exotische Eigenschaft ändert sich bei Hitze

Halbkristall-Polymere verändern ihre Form, wenn an sie ein elektrisches Feld angelegt wird, oder ein solches Feld entsteht, wenn sie verformt werden. Ihre elektro-mechanischen Eigenschaften sind also verbunden. Bei Hitze kommt den Materialien, die in smarten Textilien genutzt werden, diese Verbindung jedoch abhanden, wie TU-Wien-Forscher feststellten (*Nature Communications*).

Überlagernde Pfade gegen Stör-Rauschen

In Quantencomputern und bei der Quantenkommunikation werden Phänomene wie Überlagerung oder Verschränkung genutzt. Die fragilen Zustände können leicht durch Umwelteinflüsse gestört werden. Dieses Rauschen kann z. T. einfach umgangen werden, zeigten Wiener Physiker (*Physical Review Research*). Etwa indem man Teilchen zwei Glasfaserleitungen zur Verfügung stellt und sie beide Pfade gehen lässt.